

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses  
am 05.11.2008**

***öffentlich***

---

**Ort:**  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Stadthaus, Wappensaal,**

**Zeit:**

**17:00 Uhr bis 20:30 Uhr**

**Anwesenheit:**

**siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Heinrich Lork	BMA
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Detlef Stallbaum	Verw
Herr Bernd Werner	Verw
Frau Dr. Ursula Wohfeld	Verw
Frau Sabine Däschler	SKE
Frau Elli Kettmann	SKE
Herr Dr. habil Günter Kraus	SKE
Herr Wolfgang Stauch	SKE
Frau Dr. Ulrike Wünscher	SKE

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Norbert Böhnke	SKE
Herr Uwe Oertel	SKE

## **Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"  
Vorlage: IV/2008/07530
- 4.2. Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012  
Vorlage: IV/2008/07534
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Radio Corax informiert über die Arbeit des bürgerschaftlichen Radiosenders
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Professor Ehrler** eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Professor Ehrler** stellte den Antrag auf einen Zusatz zur Tagesordnung. Es sollten aus dem Kreis der Kulturausschussmitglieder 2 Stadträte für die Jurysitzung des Kuratoriums des Händelpreises gewählt werden. Diese Sitzung wird am 1.12.08 stattfinden.

**Herr Weiland** kritisierte diesen Antrag und fragte, ob es nicht möglich gewesen wäre, ihn rechtzeitig und damit auch fristgemäß zuzustellen. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die Tischvorlagen zur Förderung der Bühnen durch das Land Sachsen-Anhalt. Auch bemängelte er, dass diese wichtigen Aussagen erst heute vorliegen und damit die Möglichkeit einer intensiveren Beschäftigung nicht gegeben seien.

**Frau Dr. Wohlfeld** erläuterte, dass die in den Tischvorlagen zu lesenden Informationen erst später aus dem Ministerium gekommen sind. Dadurch war zwar die Frist für den Finanzausschuss noch zu halten gewesen, jedoch nicht mehr für den heutigen Kulturausschuss.

**Herr El-Khalil** bekundete, dass er damit diesen Vertrag heute nicht behandeln könne.

**Frau Dr. Wohlfeld** verwies darauf, dass sich nur im § 1 Änderungen ergeben hätten. Diese seien zudem zur besseren Erkennbarkeit fett gedruckt worden. Der Rest sei wie im Vorjahr. Aus diesem Grund warb sie für eine Behandlung der Vorlage im Ausschuss.

**Herr El-Khalil** erklärte, dass er die Tischvorlage zwar zur Kenntnis nehmen kann, jedoch sei dieser erste Satz von so weitreichender Bedeutung, dass er darüber heute nicht befinden könne.

**Frau Wolff** schloss sich dieser Aussage an. Auch sie empfinde es als zu kurzfristig.

**Herr Dr. Schmidt** erinnerte an die Theatervertragsverhandlungen von 2002. Die Stadt Halle hat die damals besprochenen Entwicklungen noch nicht vollzogen. Deswegen kamen die Aussagen in dem Dokument eigentlich gar nicht so überraschend.

**Herr Weiland** erklärte, dass ihm diese Argumentation jetzt hier egal sei. Aus rein formellen Gründen sei die Behandlung abzulehnen.

**Herr Dr. Wöllenweber** schloss sich dem grundsätzlich an. Wenn die Sitzung in Magdeburg am 22.09.08 gewesen ist, die Informationen jedoch erst heute vorlägen, so könne man das ganz einfach nicht behandeln.

**Herr El-Khalil** schlug vor, heute nur eine erste Lesung zu machen.

**Herr Professor Ehrler** widersprach den Vorstellungen, dass man die Vorlage einfach absetzen oder schieben könne.

**Herr Dr. Schmidt** und **Frau Ewert** schlossen sich dieser Aussage an.

**Herr Schramm** erbat von der Verwaltung Auskunft darüber, ob und wie die GmbH-Entwicklung auch weiter ginge, wenn heute die Beschlussvorlage nicht behandelt werden würde.

**Herr Bönisch** meinte, dass eine erste Lesung nicht möglich sei. Entweder behandeln oder vertagen. Er empfehle aber eine Behandlung.

**Frau Dr. Wünscher** bezog sich auf den Antrag von Prof. Ehrler. Sie erklärte, dass es eine wichtige Entscheidung sei, wer in die Jury gewählt werde, und deswegen müsse diese Frage zuvor in den Fraktionen besprochen werden können.

**Herr Professor Ehrler** akzeptierte diese Ansicht.

**Herr Dr. Bartsch** gab den Hinweis, dass auch in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses, am 27.11.08, diese Wahl erfolgen kann.

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wurde in ihrer versandten Form bestätigt.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift der Sitzung des Kulturausschusses vom 08.10.2008 wurde bestätigt.

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"  
Vorlage: IV/2008/07530**

---

**Frau Dr. Wohlfeld** führte in die Vorlage ein und zeigte die Position der Verwaltung auf. Sie erinnerte an den Grundsatzbeschluss, an den Beschluss zur GmbH-Gründung und verwies darauf, dass heute der 3. Akt im Prozess der Überführung in eine GmbH anstünde. Frau Dr. Wohlfeld erinnerte an die Schwierigkeiten des Prozesses, verwies auf die durchaus knappe Zeitschiene. Sie dankte Herrn Stiska für seine Arbeit und qualifizierte die vorliegende Beschlussvorlage als gut und ausgereift.

**Herr Professor Ehrler** erteilte nach einem durch **Herrn Bönisch** gestellten Antrag Herrn Stiska das Rederecht.

**Herr Stiska** beschrieb den Auftrag und das Anliegen. Ziel war es, alle vorhandenen Sparten, Einrichtungen und Spielstätten zu erhalten. Darüber hinaus sollte die Effizienz erhöht werden. Er beschrieb die Lage und die sich daraus ergebende Schlussfolgerung, dass im Orchesterbereich und im Verwaltungs- und Technischen Bereich Stellen eingespart werden müssen. Er verwies auf die Kostensteigerung, die durch die Tarifierhöhungen entstanden sind und ein Gegensteuern unumgänglich machen.

**Herr El-Khalil** stellte 2 Fragen: 1) es habe heute eine Versammlung im Orchester gegeben, bei der es um die Frage des Gehaltsverzichts gegangen sei. Was ist dabei herausgekommen? Zweitens fragte er, was mit den Mitarbeitern geschehe, die nicht lt. BGB in die GmbH übergehen wollen.

**Frau Dr. Wohlfeld** erklärte, dass die Verwaltung von der genannten Versammlung keine Kenntnis besitze.

**Herr El-Khalil** beantragte daraufhin Rederecht für den Orchestervorstand.

**Herr Dr. Hirschinger** (Orchestervorstand) verwies darauf, dass in der Beschlussvorlage nur von einer Zahl von 99 Musikern geschrieben worden ist und es keinen Verweis auf eine Alternative, die im Gehaltsverzicht bestehe, gibt.

**Herr Weiland** fragte Herrn Stiska, mit wem er alles gesprochen hat.

**Herr Stiska** erläuterte den Werdegang auf der Arbeitsebene, was vorab geklärt wird. In dieser Phase wird ausgelotet, wozu beide Partner bereit sind. Das ist das gegenwärtige Arbeitsstadium.

**Herr Weiland** fragte, ob Herr Stiska denn auch mit der DOV (Deutsche Orchestervereinigung) gesprochen habe.

**Herr Stiska** erklärte, dass er seit April mit der DOV Gespräche führe.

**Herr Bönisch** kritisierte fehlende kulturpolitische Leitlinien als Basis für eine Beschlussvorlage. Deswegen kann momentan niemand sagen, was wir eigentlich an Kultur wollen, ohne dabei lediglich

auf das Geld zu schauen. Er frage sich, was die Stadt Halle als Angebot vorhalten wolle. Auch müsse er hier die Abwesenheit der Oberbürgermeisterin bemängeln. Er berichtete, dass er mit dem Minister Olbertz gesprochen hat. Der Minister sei von der Zahl der 99 Musiker betroffen gewesen und betrachte die Strukturen der Sprechtheater als nicht feststehend. Nun frage er sich, ob man heute bereits so tief in die Strukturen eingreifen und zudem mit der GmbH-Gründung die künftige Kulturpolitik gewissermaßen aus der Hand geben müsse.

**Herr Stiska** erläuterte, dass Lohnverzicht zugleich Teilzeitarbeit bedeutet, also auch Teilleistungen. Das Leistungspotenzial würde dann soweit sinken, dass es ca. 120 Musikern entsprechen würde. Damit wäre jedoch die Leistungsfähigkeit des Orchesters für die Stadt Halle immer noch ausreichend. Das Orchester, so informierte er, sei freilich anderer Auffassung, hält sich nach wie vor für ein Landesorchester. Das ist aber real nicht mehr so. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Fördervertrag, der auf die Stadt Halle und die Region ausgerichtet ist. Daraus folge, dass die Leistungen für die Stadt Halle nicht beschnitten werden würden.

**Frau Ewert** fand, dass die Beschlussvorlage nicht überrascht hat. Es gab ja den Lenkungsausschuss. Sie verwies auf die Ausgangsposition, die den Erhalt aller Einrichtungen festgelegt hatte. Die Fakten belegen aber, was wir uns bisher finanziell geleistet haben. Der gegenwärtige Sparzwang sei aber für alle schmerzlich und schwer. Es ist nicht möglich, die hohen Ausgaben zu halten. Diese Aussage wird auch durch einen Städtevergleich bestätigt.

**Frau Wolff** zweifelte diese Angaben an. Sie bemängelte, dass laut Beschlussvorlage nicht alle Einrichtungen und Sparten gleich „bluten“ müssen, die Beschlussvorlage sei „Kulturinsel-lastig“. Zugleich zweifelte sie an den Angaben aus dem Städtevergleich. Sie vermisse zudem ein Abfindungskonzept, ebenso Gespräche zwischen der Staatskapelle und Herrn Stiska. Auch sie bemängelt das Fehlen kulturpolitischer Leitlinien. Sie verwies darauf, dass die Fragen Herrn El-Khalils noch nicht beantwortet seien.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** bestätigte, dass es zunächst Sondierungen geben muss. Erst dann könne man auf den Deutschen Bühnenverein und die DOV zugehen. Er erinnerte an die seitens der Stadt Halle in den letzten sieben Jahren gemachten Angebote, die jedoch alle von der Staatskapelle nicht beantwortet worden seien. Auch das letzte Angebot der Stadt Halle ist bisher unbeantwortet geblieben.

**Herr El-Khalil** erinnerte an seine Frage nach dem Personalübergang lt. BGB.

**Herr Stiska** antwortete, dass das Personal durchaus einem Übergang in die GmbH widersprechen könne. Ende November 2008 wird es ein auf dem BGB basierendes Angebot an jeden Mitarbeiter<sup>1</sup> geben. Dann sind 4 Wochen Zeit, um anzunehmen oder zu widersprechen. Wer widerspreche, würde nicht in die GmbH übergehen und verbliebe bei der Stadt Halle.

**Herr Dr. Bartsch** erkundigte sich danach, ob es noch Haustarife gibt und/oder ob es keine weiteren Verhandlungen gebe.

**Herr Stiska** erklärte, dass bis auf einen Haustarifvertrag des Orchesters (bis Sommer 2009) alle Tarifverträge derzeit auslaufen. Für die Staatskapelle liegt ein neues Angebot vor. Signale aus der Staatskapelle gab es bisher nicht.

**Herr Dr. Schmidt** monierte ebenfalls das Fehlen kulturpolitischer Leitlinien. Jedoch hätte diese Frage eher gestellt werden müssen, doch auch künftig können diese Leitlinien erstellt werden. Er machte darauf aufmerksam, dass das Land Sachsen-Anhalt immer weniger zu zahlen bereit sei.

**Herr Weiland** erklärte, dass die Stadt Halle seinerzeit einer schlechteren Art der Förderung zugestimmt habe. Auch er sieht, dass das Land Sachsen-Anhalt immer weniger zahlt, aber die Stadt Halle muss sich auch positionieren, was sie als Stadt eigentlich will. Er fragte nach dem Zeitpunkt der personellen Verkleinerung in der GmbH.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** korrigierte diese Aussage und erinnerte daran, dass die Stadt Halle damals gar nicht anders entscheiden konnte. Die Erhöhung der Flexibilität war zudem beiderseits gewollt und hat gar nichts mit den jetzigen Kürzungen zu tun.

**Herr Stiska** beantwortete die Frage Herrn Weilands nach dem Zeitpunkt dahingehend, dass ab August 2009 eine sukzessive personelle Verkleinerung beginnen werde. Er informierte, dass Berechnungen ergeben haben, dass Gehaltskürzungen, wie vorgeschlagen, und Abfindungen bei Kündigungen den gleichen finanziellen Aufwand bedeuten.

**Herr Dr. Hirschanger** (Orchestervorstand) erklärte, dass das Orchester bisher immer kompromissbereit gewesen sei. Man habe bisher bereits 4 Mio. € eingespart. Da jedoch eine

---

<sup>1</sup> alle entsprechenden Begriffe gelten gleichermaßen in der männlichen und weiblichen Form

Konzeption fehle, mangle es an einer Definition, was das Orchester künftig sein soll. Die Beschlussvorlage beinhalte nach seiner Auffassung mehrere Widersprüche, das Zahlenmaterial sei falsch, weil z.B. zu niedrige Angaben bei der Zahl der Veranstaltungen angegeben seien.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** stellte klar, dass es keinesfalls eine genuine Aufgabe der Verwaltungsspitze war und ist, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Dies sei in erster Linie die Aufgabe der Leitung des Hauses gewesen. Die Leitung des Orchesters hat dies, im Unterschied zu den Theatern, jedoch bisher versäumt.

**Herr Stiska** erklärte, dass es keine falschen Zahlen in der Beschlussvorlage gibt. Auch die Zahlenangaben zum Thalia, die von Frau Wolff angezweifelt worden waren, basieren auf der offiziellen Statistik der Bühnengvereine.

**Herr Bönisch** erinnerte daran, dass das Land Sachsen-Anhalt ein Drittel seiner Theaterförderung nach Halle gibt und der Stadt vorwirft, ein zu großes Orchester vorzuhalten und zudem noch über 2 Sprechtheater zu verfügen. Er schlug vor, dass der Kultusminister einen Sitz im Aufsichtsrat bekommen solle.

**Herr Professor Ehrler** fragt in diesem Zusammenhang nach der Parität in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

*Dieser Vorschlag wurde als Prüfauftrag an die Verwaltung für die nächste Sitzung des Kulturausschusses gegeben. Es sollen auch die Auswirkungen einer solchen Regelung dargestellt werden.*

**Frau Dr. Wohlfeld** stellte klar, dass der Kulturausschuss dieses jedoch nicht beschließen kann.

**Frau Ewert** stimmte dem zu. Der Kulturausschuss kann nur appellieren, dass das beachtet wird.

**Herr Bönisch** überlegte, dass die Leitlinien der GmbH vorgegeben werden sollten. Dann müsse sich die GmbH daran halten. Das JA zur GmbH-Gründung bleibt grundsätzlich bestehen. Jedoch bleibe er bei seiner Frage, ob man jetzt bereits so tief in die Struktur eingreifen müsse.

**Frau Dr. Wohlfeld** machte deutlich, dass der Beschluss wegen der Fristen für den Personalübergang im November getroffen werden muss.

**Herr Schramm** fragte nach der Bemessung der finanziellen Mittelfristplanung und ob die Verteilung innerhalb der GmbH gerecht sei und unseren kulturpolitischen Zielstellungen entsprechen würde. Außerdem erfragte er das Zeitfenster für den anstehenden Beschluss.

**Herr Stiska** erklärte deutlich, dass es entweder im November einen Beschluss geben wird oder die GmbH nicht zum 1.01.2009 ihre Arbeit aufnehmen kann. Der Dezember ist zu spät.

**Herr Professor Ehrler** brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass das alles zerredet wird und man am Ende nicht mehr wisse, worum es eigentlich wirklich gehen würde. Er erklärte, dass es einen Grundsatzbeschluss gibt und dass die Finanznot ein nicht zu übersehender Fakt ist. Daraus folge für ihn, dass sich der Stadtrat anpassen und das Orchester vermindert werden muss.

**Frau Ewert** fragte Herrn Stiska, wie lange die Option des Gehaltsverzichts denn aufrechterhalten werden würde.

**Herr Stiska** nannte den 26.11.2008 als den Termin, bis zu dem diese Option besteht. An diesem Tag würde der Stadtrat beschließen.

**Herr Misch** wehrt sich dagegen, dass, nachdem der Grundsatzbeschluss bereits vorliegt, der Stadtrat jetzt weiter beschließen solle. Das Orchester diene mit seinem Auftreten der Imagepflege der Stadt Halle. Wieso müsse da plötzlich so gespart werden? Er stimme für die GmbH, für eine Festlegung wie in der Beschlussvorlage jedoch nicht.

**Herr El-Khalil** machte den Vorschlag, die Angabe „99 Musiker“ zu streichen, da es ja nur einen gedeckelten Zuschuss geben wird und deswegen eine zahlenmäßige Begrenzung unnötig sei.

**Herr Stiska** verdeutlichte, dass, wenn die Fokussierung auf „99 Musiker“ nicht gemacht würde, dann würden bei den kommenden Einsparungen viel eher andere Sparten der Einsparung zum Opfer fallen, z.B. das Ballett.

**Frau Wolff** hielt die Zeitschiene ab August 2009 für unrealistisch, weil das „alles oder nichts“ bedeuten könne. Sie wünscht sich eine exaktere Formulierung.

**Frau Dr. Wünsch** fasste zusammen, dass wir entweder auf 99 Musiker reduzieren können oder über den Gehaltsverzicht auf das gleiche wirtschaftliche Ergebnis kommen können. Sie fragte nach abzubauenen Stellen im Bereich Verwaltung und Technik. Immerhin gehe es da um 66 Stellen. Sie bat um ein Nachdenken über entsprechende Modelle.

**Frau Ewert** machte darauf aufmerksam, dass diese Mitarbeiter jedoch wesentlich weniger verdienen als die Mitglieder des Orchesters.

**Herr Dr. Wöllenweber** erklärte, dass er ein Problem mit dem Absatz II habe. Wenn wir das heute beschließen, so ist das für alle Zeiten zementiert. Er wünsche sich das Aufzeigen der Wege dorthin.

**Herr Schramm** schlug daraufhin eine Neuformulierung des Absatzes II vor. Die Staatskapelle solle gar nicht mehr genannt werden, sondern die Geschäftsführung der GmbH solle mit der Durchführung der entsprechenden Maßnahmen beauftragt werden.

**Herr Stiska** erklärte unmissverständlich, dass es ohne einen Beschluss des Rechtsträgers der Staatskapelle keine Tarifverhandlungen geben kann.

**Frau Ewert** schlug daraufhin vor, eine Alternative zu der Angabe „99 Musiker“ einzuarbeiten, die den Gehaltsverzicht aufzeigt.

**Herr Professor Ehrler** wandte ein, da es sich um Vollzeitstellen handelt, ist das schon integriert.

**Herr Dr. Schmidt** unterstrich, dass, wenn die Stadt Halle den Beschluss verschiebt, sich ihre Position dem Land Sachsen-Anhalt gegenüber verschlechtern wird.

**Herr Weiland** formulierte erneut seine Kritik, dass die Beschlussvorlage zu kurzfristig abgegeben worden sei. Er erklärte, dass dies eine schlechte politische Kultur sei.

**Frau Dr. Wünsch** fragte Herrn Stiska, wie das mit den 120 Stellen zu verstehen sei, wenn ein Haustarifvertrag mit dem genannten Lohnverzicht zustande käme. Ohne Haustarifvertrag wären das ja auf jeden Fall 99 Stellen.

**Frau Wolff** fragte ergänzend nach den 66 Stellen im Bereich Verwaltung und Technik.

**Herr Stiska** erwiderte, dass dies alles in der Beschlussvorlage steht. Der Einzelne findet sich logischerweise nicht in der Beschlussvorlage wieder, da einer dann anstehenden Sozialauswahl nicht vorgegriffen werden könne. Man müsse überlegen, inwieweit das Teilzeitmodell der Kernverwaltung differenziert im Bereich Verwaltung und Technik angewendet werden kann. Dass dies so geschehen werde, dafür stünde er mit seinem Wort ein. Zur Frage der 120 Stellen (Musiker) erklärte er noch einmal genau, dass der finanzielle Aufwand bei einer Reduzierung auf 99 Vollzeitstellen durch die anfallenden Abfindungen genau so groß werden würde wie eine Lohnreduzierung, die einer Zahl von ca. 120 Vollzeitstellen entspricht. Diese Regelung würde dann eine zahlenmäßige Begrenzung der Personen nicht erfordern.

**Herr El-Khalil** zog seinen zuvor eingebrachten Formulierungsantrag zurück und schloss sich dem Vorschlag von Frau Ewert an.

**Frau Ewert** formulierte daraufhin ihre Ergänzung wie folgt:

**II. Die Staatskapelle Halle wird ab dem 1. August 2009 auf 99 Stellen verkleinert.  
Alternativ kann durch einen Haustarifvertrag das Ziel der Einsparung erreicht werden.**

**Herr Stiska** erklärte, dass er diesen Zusatz rechtlich prüfen lassen werde. Es scheine ihm jedoch eine machbare Ergänzung zu sein.

**Herr Schramm** erinnerte noch einmal an die 66 Stellen im Bereich Verwaltung und Technik. Er sehe es als Problem, wenn die Staatskapelle so herausgehoben werde und die anderen Stellen dabei weniger Beachtung fänden.

**Herr Stiska** erklärte abschließend, dass er vieles tun könne, eine Orchesterverkleinerung verlange jedoch zwingend einen Beschluss des Stadtrats.

**Herr Professor Ehrler** stellte fest, dass es keine neuen Argumente gab und fragte, ob der Ausschuss abstimmungsbereit sei.

*Es erfolgte die Abstimmung.*

### **Abstimmungsergebnis:**

7 Zustimmungen  
2 Ablehnungen  
1 Enthaltung

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

**Beschlussvorschlag (modifiziert):**

**I. Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Eigenschaft als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:**

- 1. Die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater werden in die „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“ zum 1. Januar 2009 überführt.**

**In den Ausgliederungsvertrag in der aus der *Anlage 1* ersichtlichen Fassung wird eingewilligt.**

**Das Anlagevermögen der drei städtischen Kultureinrichtungen wird auf die Gesellschaft übertragen.**

**Der Personalüberleitungsvertrag wird in der als *Anlage 2* beigefügten Fassung genehmigt.**

- 2. Die Aufbauorganisation und das Anfang 2009 übernommene Personal werden in der aus der *Anlage 3* ersichtlichen Fassung beschlossen. Die Ziel-Organisation für das Jahr 2011 nebst Personalbestand wird in der Fassung der *Anlage 4* beschlossen.**
- 3. Die Kenndaten zur Angebotsstruktur der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle werden in der aus der *Anlage 9* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.**
- 4. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 wird der Wirtschaftsplan mit den Teilplänen**

- Gewinn- und Verlustrechnung (*Anlage 10*)**
- Bilanz (*Anlage 12*)**
- Finanzplan (*Anlage 14*)**
- Investitionen (*Anlage 15*)**
- Personal (*Anlage 18*)**

**beschlossen.**

**Die Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen.**

**II. Die Staatskapelle Halle wird ab dem 1. August 2009 auf 99 Stellen verkleinert. Alternativ kann durch einen Haustarifvertrag das Ziel der Einsparung erreicht werden.**

**III. Die Geschäftsordnung der Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH wird in der aus der *Anlage 9* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.**

## **zu 4.2 Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012**

### **Vorlage: IV/2008/07534**

---

**Frau Dr. Wohlfeld** führte in die Vorlage ein. Sie verwies noch einmal auf die Protokollnotiz im § 1.

**Herr Schramm** schlug vor, den vorliegenden Zusatzantrag der SPD-Fraktion zu erweitern. Auch der städtische Zuschuss sollte für die Jahre 2009 bis 2012 festgeschrieben werden. Da dies analog zur Festschreibung der Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt geschehe, ergäben sich darauf Perspektivicherheiten für die Theater.

**Herr El-Khalil** wandte ein, dass dies, wenn überhaupt, in den Vertrag mit dem Land geschrieben werden müsse.

**Frau Wolff** und **Herr Dr. Bartsch** fragten danach, was es in der Beschlussvorlage heißt, wenn dort von „weiteren Gesprächen und Verhandlungen“ gesprochen wird.

**Frau Ewert** argumentierte, dass der Rat der Oberbürgermeisterin den Rücken in weiteren Verhandlungen stärken würde, wenn man zustimme, auch wenn noch nichts unterschrieben sei.

**Frau Dr. Wohlfeld** erklärte, da in der Beschlussvorlage von weiteren Gesprächen gesprochen werde, sei der Zusatzantrag der SPD-Fraktion richtig.

**Herr Krause** unterstrich, dass, wenn die Oberbürgermeisterin in Magdeburg zu Verhandlungen weilen wird, sie mit diesem Passus a priori unterstützt werden würde.

**Herr Misch** fragte Frau Dr. Wohlfeld, wie es mit dem Wirtschaftsverlust sei, wenn die Staatskapelle lt. Protokollnotiz 3 einen Einsatz beim Festival Impuls habe.

**Frau Dr. Wohlfeld** antwortete, dass die Staatskapelle in der Region auftreten werde. Wie stark der Einsatz sei, muss dann differenziert betrachtet werden.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** ergänzte, dass das Land Sachsen-Anhalt solche Wirtschaftsverluste bereits mit seinen Zuwendungen als abgegolten betrachte. Dies sei bisher übliche Praxis und werde sicher auch künftig nicht anders sein.

**Frau Wolff** fragte, wie man sich das bezüglich der Protokollnotiz 5 vorstelle.

**Frau Dr. Wohlfeld** erläuterte, dass dies eine immer wiederkehrende Forderung des Land Sachsen-Anhalt ist. Diese wurde schon früher angestrebt, ist aber z.B. von Dessau abgelehnt worden. Nunmehr fordert das Land Sachsen-Anhalt dies nachdrücklich ein.

**Herr Dr. Wöllenweber** fand die Ergänzung von Herrn Schramm gut. Herr Dr. Wöllenweber empfand die Protokollnotizen des Landes Sachsen-Anhalt als unverschämt. Er fragte, was davon Vertragsbestandteil sei und ob diese Protokollnotizen rechtens seien.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** bestätigte, dass die Protokollnotizen rechtlicher Bestandteil des Vertrags sind.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte, was geschehen würde, wenn die Stadt Halle den Vertrag ablehnt.

**Herr Professor Ehrler** ergänzte die Frage dahingehend, ob die Stadt Halle die Protokollnotizen ablehnen könne.

**Herr Beigeordneter, Dr. habil. Marquardt** antwortete, dass wir die Protokollnotizen ablehnen können. Wenn die Stadt Halle den Vertrag ablehnt, entfielen allerdings die Grundlage für die Zahlungen des Landes Sachsen-Anhalt an die Stadt Halle.

**Herr Weiland** erkundigte sich nach den bereits angefallenen Kosten lt. § 3 in den letzten beiden Spielzeiten. Ebenso fragte er nach der Projektförderung lt. § 2 und den Geldzuwendungen in den letzten beiden Spielzeiten.

**Frau Dr. Wohlfeld** wird diese Angaben zum nächsten Finanzausschuss vorlegen.

**Herr Dr. Wöllenweber** erkundigte sich nach dem Termin „Projektförderung“ im § 1

**Frau Dr. Wohlfeld** erklärte, dass die Förderung insgesamt an die Stadt Halle gehe, für das „Projekt Bühnenförderung“. Da seitens des Landes Sachsen-Anhalt keine Mittelaufteilung auf die einzelnen Bühnen und das Orchester vorgenommen werde, sei es auch keine institutionelle Förderung. Auf die Zwischenfrage von Herrn Schramm, ob dies rechtliche Auswirkungen habe, antwortete sie, dass es keine rechtlichen Auswirkungen gibt.

**Herr Misch** machte darauf aufmerksam, dass sich in §7 /4 nicht auf das BGB, sondern auf die EZB zu beziehen sei.

**Frau Dr. Wohlfeld** wird diesen Einwand prüfen.

**Herr Schramm** bat darum, dass dies bis zum nächsten Finanzausschuss geschehen würde.

**Herr Professor Ehrler** wiederholte seine Frage, ob mit der Zustimmung zum Vertrag auch eine Zustimmung zu den Protokollnotizen verbunden sei.

**Herr Weiland** bestätigte dies.

**Herr Schramm** wiederholte die Frage, was geschehen würde, wenn die Stadt Halle dem Vertrag nicht zustimme.

**Herr Beigeordneter Dr. habil. Marquardt** erklärte noch einmal, dass dann das Geld u.U. an andere Städte gezahlt werden könnte.

**Herr Krause** erklärte unter Beachtung der Protokollnotizen nunmehr, dass im Falle einer heute gegebenen Zustimmung die Oberbürgermeisterin schlechtere Bedingungen für Nachverhandlungen haben würde.

**Herr Weiland** erinnerte daran, dass vor 4 Jahren die Stadt Halle auch einen unverhandelten Vertrag vorliegen hatte und sich dies nun wiederhole.

**Herr Krause** verwies auf die Möglichkeit, die Oberbürgermeisterin unter Organvorbehalt verhandeln zu lassen. Jedoch nicht so, wie es momentan im Vertrag steht.

**Herr Weiland** stellte daraufhin den Antrag auf Vertagung.

**Frau Dr. Wünscher** stimmte dem zu, zumal eine Vertagung unschädlich sei.

**Herr Weiland** stellte seinen Antrag auf Vertagung nunmehr als Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Professor Ehrler** bat das Gremium um Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

7x für Vertagung  
1x gegen Vertagung  
1x Enthaltung

Die Behandlung der Beschlussvorlage wurde vertagt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat stimmt zu, den Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle 2009 - 2012 zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) abzuschließen, wenn nach nochmaligen Verhandlungen keine höhere Landesförderung erreicht werden konnte.

### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge vor.

### **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Radio Corax informiert über die Arbeit des bürgerschaftlichen Radiosenders**

---

**Herr Westhusen (Radio Corax)** stellte den Anwesenden die Aufgaben und die sich in den letzten Jahren ergebenden Veränderungen und Erweiterungen in der Arbeit des Radiosenders vor.

**Herr Kupke** erkundigte sich, wieso Radio Corax keine Rundfunkgebühren erhalte.

**Herr Westhusen (Radio Corax)** antwortet, das der Sender sehr wohl auch von den Rundfunkgebühren einen Anteil erhalte. Dieser sei jedoch außerordentlich gering und für eine Betreuung des Senders völlig unzureichend. Die Anforderungen an das Radio sind immer größer geworden. Vor allem sei dies bedingt durch die 24-Stunden-Sendezeit und die Erwartungen der Hörer an einen modernen Radiosender.

**Herr Krause** bat darum, den von der SPD-Fraktion gestellten und für eine spätere Wiedervorlage zurückgezogenen Antrag auf Förderung in die Haushaltsdiskussion 2009 aufzunehmen.

*Damit wird der Antrag wieder Bestandteil der Tagesordnung des Kulturausschusses, zu behandeln am 27.11.2008.*

**Herr Dr. Wöllenweber** erkundigte sich, wie viel Radio Corax an Förderung bereits bekommen habe.

**Herr Westhusen (Radio Corax)** nannte den Betrag von 30.000 €, verteilt über mehrere Jahre.

**Herr Professor Ehrler** dankte Herrn Westhusen für seine Ausführungen.

## zu 8      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

*Es gab keine mündlichen Anfragen.*

## zu 9      **Anregungen**

---

*Es gab die Anregung, die TOP 7. und 8. zu tauschen, damit nach den Mitteilungen noch Fragen gestellt werden könnten. Diese Anregung ist jedoch durch ein Missverständnis entstanden, da in der vorliegenden Tagesordnung dieser Sachverhalt bereits Berücksichtigung gefunden hatte.*

**Frau Dr. Wünscher** regte an, dass sich der Kulturausschuss nach dem Abschluss der Haushaltsdiskussion mit der Situation hinsichtlich der Galerien in Halle beschäftigt; dies auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, also, welche Galerien wird die Stadt Halle z. B. noch in zwei Jahren haben.

**Herr Professor Ehrler** überlegte, ob die Galeriebetreiber einzuladen wären. Es empfahl zunächst eine sachliche Bestandsaufnahme noch ohne die Galeriebetreiber.

**Frau Dr. Wünscher** ergänzte, dass es zunächst reiche, einen Vertreter der Landeskunststiftung einzuladen.

**Herr Dr. Wöllenweber** wünschte sich in diesem Zusammenhang eine aktuelle Galerieübersicht. Er habe den Überblick nicht. Zudem sei die Förderung aller Galerien nicht Aufgabe der Stadt.

*Die Verwaltung wird diesen Wunsch an das Kulturbüro leiten.*

**Herr Misch** unterstrich noch einmal, dass dieser TOP wirklich erst nach dem Abschluss der Haushaltsdebatten aufgenommen werden soll.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.11.08

\_\_\_\_\_  
Protokollant

\_\_\_\_\_  
Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt

\_\_\_\_\_  
Prof. Ludwig Ehrler